

MEDIENKONFERENZ VOM 20. APRIL 2022

Pierre-Yves Maillard, Präsident des SGB

Es braucht politischen Entscheide, die der sich schlagartig verändernden Realität Rechnung tragen.

Die breite Masse der Schweizer Bevölkerung mit einem mittleren Einkommen wird in den kommenden Monaten eine Reihe von Schocks erleben, von denen einige schon heute Realität sind. Ein Haushalt mit Kindern muss mit einem Kostenanstieg von rund CHF 3000 rechnen. Die Gründe sind in der zunehmenden Inflation und den steigenden Krankenkassen-Prämien zu suchen. Aber reine Durchschnittswerte sagen nicht alles aus.

Was ist mit Haushalten, die für den Arbeitsweg auf ein Auto angewiesen sind oder die mit Öl oder Gas heizen? Die in einem Kanton mit hohen Krankenkassenprämien leben und eine tiefe Franchise wählen müssen? Die in einem Kanton leben, der seine Berechnung der Prämienverbilligungen nicht an die für diesen Herbst erwarteten drastischen Prämien-Steigerungen anpasst? Was ist mit denen, die eine neue Wohnung finden müssen, weil die Familie Zuwachs bekommen hat oder der Mietvertrag gekündigt wurde? Die bereits am Limit leben und eine unvorhergesehene Zahnarzt- oder Arztrechnung begleichen oder ihr Auto reparieren oder ersetzen müssen? Was ist mit Menschen kurz vor der Pensionierung oder bereits Pensionierte, die mit diesem Übergang verbundene finanzielle Einbussen hinnehmen müssen? Für diese Millionen von Menschen wird sich der Schock nicht in Durchschnittswerten oder einer Statistik auflösen. Die finanziellen Spielräume, die ein wenig Freizeitvergnügen oder Ersparnisse ermöglichen und einem Arbeitsjahr Sinn geben, werden sich in Luft auflösen. Viele weitere Menschen werden von einem gewissen finanziellen Gleichgewicht in den sozialen Abstieg oder die Verschuldung abgleiten.

In diesem Ausmass ist die Situation seit vielen Jahrzehnten beispiellos. Und sie folgt auf eine Periode, in der hunderttausende Arbeitnehmende oder selbstständig Erwerbstätige während der Covid-Krise ohnehin bereits beträchtliche finanzielle Verluste hinnehmen mussten.

Das sind die Aussichten.

Und was sind die politischen Vorschläge?

Im Herbst stimmt das Volk über einen Abbau der AHV in Höhe von 800 Millionen Franken zulasten der Frauen sowie über eine Erhöhung der MWST von 0,4% ab. In der gleichen Zeit wird unser Krankenversicherungssystem – ohne Gegenreaktion der politischen Mehrheit – zusätzlich mit fast 3 Milliarden Franken belastet. Und der Ständerat wird über eine BVG-Revision beraten, die eine nicht kompensierte Senkung der Renten sowie eine Beitragserhöhung von rund 1,5 Milliarden für die Arbeitnehmenden und ebenso viel für die Arbeitgeber vorsieht.

Andererseits wird darüber abgestimmt, ob den Inhabern von Obligationen mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer ein Steuergeschenk von mindestens 500 Millionen gemacht werden soll. Der Nationalrat fordert zudem, dass die verschwindend kleine Minderheit, die sich den Höchstbeitrag in der 3. Säule leisten kann, zusätzliche Steuererleichterungen in Höhe von mehreren Millionen Franken erhält. Und was ist mit den von den Kantonen angehäuften 3,5 Milliarden Gewinnen? Sie werden vor allem durch lineare Steuersenkungen umverteilt, die wiederum dem vermögendsten Viertel der Bevölkerung zugutekommen.

Nehmen Sie ein leeres Blatt Papier, halten Sie es waagrecht und ziehen Sie eine Linie ganz rechts auf der Seite. Links der Linie befinden sich die drei Viertel der Bevölkerung, die arbeiten und normal verdienen, rechts der Linie das Viertel, das am meisten verdient. Und dann verteilen Sie die gerade ausgeführten politischen Entschiede auf die beiden Seiten. Das Problem ist augenfällig!

Unser Land ist gerade nicht dabei, das Problem der Rentenfinanzierung, der Finanzierung des Gesundheitssystems oder der Energiewende zu lösen, sondern schüttet Milliarden, die von der normal verdienenden Mehrheit stammen, an die vermögende Minderheit aus, die überhaupt nicht darauf angewiesen ist.

In den kommenden Monaten wird diese fast schon obszön anmutende Politik dank der direkten Demokratie zu lebhaften Debatten führen. Angesichts der sich überstürzenden Ereignisse und der ungewissen und risikoreichen Zeiten, die vor uns stehen, müsste der Bundesrat jedoch bereits heute die politische Initiative ergreifen.

Wir fordern, dass er rasch die wichtigsten politischen Kräfte und Sozialpartner zusammenbringt, um schnell festzulegen, was diesen Herbst getan werden kann, um den zu erwartenden Schock für die finanzielle Situation der grossen Mehrheit zu verhindern. Nur wenn entschiedene Massnahmen in Bezug auf die Gesundheitskosten, die Verwendung von Reserven und die Prämienverbilligung getroffen werden, kann die sich abzeichnende Erhöhung der Pro-Kopf-Prämie um fast 3 Milliarden Franken verhindert werden. Wie wir gesehen haben, sind der Bundesrat wie auch das Parlament durchaus in der Lage, angesichts einer Krise schnell zu handeln. Dies muss erneut geschehen und es müssen rasch Gesetzesgrundlagen auf den Tisch, die ab 2023 ihre Wirkung entfalten können.

Andererseits sind Lohnerhöhungen notwendig, um die Inflation auszugleichen, aber auch um die ausserordentliche Produktivität der Schweizer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer widerzuspiegeln. Die Konjunktur lässt dies in zahlreichen Branchen durchaus zu. Nach zwei Jahren der Ungewissheit bezüglich der Einkommen von Millionen von Menschen in der Schweiz ist es an der Zeit, das Vertrauen wiederherzustellen und die Rekordgewinne der Unternehmen sowie den finanziellen Spielraum des Staates endlich besser zu verteilen.

Pierre-Yves Maillard

Präsident des sgb